

Vorsitz: Belarus**1009. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 11. Mai 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 10.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Russische Föderation (Anhang 1)
(FSC.DEL/206/22), Frankreich – Europäische Union (Anhang 2), Schweiz
(FSC.DEL/201/22 OSCE+), Kanada (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (Anhang 4)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02*
(FSC.DEC/10/02): Vorsitz (FSC.DEL/203/22 OSCE+)

(b) *Aktueller Stand betreffend das außerbudgetäre OSZE-Projekt „E-Learning-
Programm des Forums für Sicherheitskooperation“:* Vertreter/Vertreterin des
Konfliktverhütungszentrums

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 18. Mai 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1009. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1015, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte meine heutige Erklärung mit den Worten des Präsidenten der Russischen Föderation aus seiner Ansprache an die Streitkräfte der Russischen Föderation, anlässlich des 77. Jahrestags des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg, beginnen: „Russland forderte den Westen nachdrücklich auf, einen ehrlichen Dialog zu führen, nach vernünftigen Kompromisslösungen zu suchen und die Interessen der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen. Alles umsonst. [...] Die Vorbereitungen für eine weitere Militäroperation im Donbass und eine Invasion in unsere historischen Gebiete, einschließlich der Krim, waren offen im Gange. Kiew kündigte den möglichen Erwerb von Atomwaffen an. Der NATO-Block begann mit der aktiven militärischen Erschließung der an unser Land angrenzenden Gebiete. [...] Russland hat präventiv auf die Aggression reagiert. Es war eine erzwungene, rechtzeitige und die einzig richtige Entscheidung.“

Die militärische Spezialoperation Russlands in der Ukraine sollte als eine Folge der aggressiven expansionistischen Politik der NATO unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, die unter Verletzung ihrer politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen nach militärischer Vorherrschaft streben, betrachtet werden. Die Nordatlantische Allianz fährt fort, die politisch-militärische Lage in Europa radikal umzugestalten und das strategische Gleichgewicht der Kräfte zu untergraben, unter Missachtung unserer wiederholten Warnungen über die Gefahr, die ein solches Vorgehen für das europäische Sicherheitssystem mit sich bringt. Sie erhöht ihre Truppenkonzentrationen in Osteuropa – unter anderem, indem sie Kontingente aus dem nordamerikanischen Kernland verlegt. Im Rahmen der multinationalen Übung „DEFENDER-Europe 2022“ unternimmt sie umfangreiche Vorbereitungen für Militäreinsätze im Osten. In der Ukraine setzt sie auf Neonazis und Banderisten, die von den US-Nachrichtendiensten unterstützt werden.

Wie der US-Politiker Henry Kissinger sagte: „Es mag gefährlich sein, Amerikas Feind zu sein, aber Amerikas Freund zu sein, ist tödlich“ Solange die Ukraine, die die US-Regierung als ihren wichtigsten Beschützer und Verbündeten betrachtet, zynisch ausgenutzt wird, um gegen Russland einen Stellvertreterkrieg „bis zum letzten Ukrainer“ zu führen, werden die US-Rüstungskonzerne durch das Blutvergießen immer reicher. Ende Februar stiegen die Aktien von Lockheed Martin um 18 Prozent, die der Raytheon

Technologies Corporation um 14 Prozent und die von General Dynamics um 12,5 Prozent. Die US-Regierung profitiert auch von der Umsetzung des Lend-Lease-Gesetzes, das von Präsident Biden am 9. Mai unterzeichnet wurde und die Verfahren für die Lieferung von Rüstungsgütern in die Ukraine erleichtern soll. Es ist nicht verwunderlich, dass die NATO-Länder versuchen, die ukrainische Regierung zu überzeugen, aus dem Verhandlungsprozess auszusteigen, dessen einzige Alternative die Verlängerung des Blutvergießens ist – und somit die Bereicherung der westlichen Kriegsmaschinerie bedeutet. So sieht das Ethos einer „zivilisierten“ Gemeinschaft von Staaten aus.

Gleichermaßen haben die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder ihre Entschlossenheit erklärt, dass Russland in der Ukraine „nicht siegen darf“. Diese Rhetorik betrachten wir als Unterstützung des aggressiven Militarismus und Neonazismus in Europa. Anders ist die Tatsache nicht zu erklären, dass der Westen die Glückwünsche von Präsident Selenskyj zum 9. Mai, dem Tag des Sieges, übersehen hat, die er mit einem Foto von einem Nationalisten des Rechten Sektors illustrierte, der ein nazistisches Abzeichen der 3. SS-Panzerdivision „Totenkopf“ trägt – genau der Division, die für das brutale Massaker an rund 100 britischen Kriegsgefangenen während des Feldzugs in Frankreich 1940 verantwortlich war. Was für eine bittere Ironie. Was für eine abscheuliche Verhöhnung der historischen Erinnerung. Haben unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen darüber nachgedacht, was ihre heldenhaften Vorfahren davon halten würden, dass sie jetzt auf der Seite des Nazismus stehen, gegen den das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und Frankreich im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben?

Herr Vorsitzender,

die ukrainischen Nationalisten und ausländischen Söldner führen weiterhin Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine und der Republiken im Donbass. Die Regierungen der Europäischen Union und der NATO-Länder leisten diesen Kriegsverbrechen Vorschub. Den von ihnen kontrollierten globalen Medien ist der tatsächliche Stand der Dinge gleichgültig: sie führen lediglich politische Anweisungen durch, um die antirussischen Hysterie zu schüren. Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, im Informationsbereich einen „Eisernen Vorhang“ in Europa zu errichten.

Die westliche „zivilisierte“ Gemeinschaft wird von dem täglichen unterschiedslosen Beschuss von Siedlungen in der Volksrepublik Donezk (DNR) und der Volksrepublik Luhansk (LNR) mit Streumunition aus Mehrfachraketenwerfern und mit großkalibriger Artillerie erfahren müssen. Vom 17. Februar bis 10. Mai dieses Jahres wurden in der DNR 108 Zivilpersonen getötet, darunter vier Kinder. Mindestens 470 Menschen wurden unterschiedlich schwer verletzt. Insgesamt wurden 3 216 Wohngebäude und über 670 zivile Infrastruktureinrichtungen zerstört. Auf europäischem Gebiet entstanden Kinderfriedhöfe, weil die ukrainische Regierung es so wollte. Der Donbass lebt bereits acht Jahre so.

Die westliche „zivilisierte“ Staatengemeinschaft wird von den massiven Verletzungen der Normen und Grundsätze des humanitären Völkerrechts durch das Kyjiwer Regime erfahren müssen, insbesondere der Verletzung der Genfer Konventionen in Bezug auf das Verbot der Stationierung schwerer Waffen in Wohngebieten, den Missbrauch von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde und ziviler Infrastruktureinrichtungen für militärische Zwecke. Die ukrainischen Neonazis wenden bewusst inhumane Kampfaktiken an. Wir werden eine Liste von medizinischen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen für

Kinder verteilen, in denen die ukrainischen Nazis zynischerweise Stützpunkte eingerichtet haben. Sie wird weiter ergänzt werden.

Auf Veranlassung einer westlichen Minderheit verschweigen die europäischen Medien die ans Licht gekommene Tatsachen über die eklatante Verletzung des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen (Übereinkommen von Ottawa) von 1997 durch das Kyjiwer Regime. In den Feldern rund um die Siedlung Welyka Nowosilka wurden MON-, PMN- und OSM-Minen gefunden und im Dorf Makariwka PMN-Minen. Ein ganzes Depot mit Minen der Reihe MON-50 und MON-90 wurde im befreiten metallurgischen Werk „Iljitsch“ in Mariupol gefunden; es wurde von den ukrainischen Nationalisten während ihres Rückzugs zurückgelassen. Unsere Kolleginnen und Kollegen erinnern sich vielleicht daran, wie die Delegation der Ukraine den OSZE-Teilnehmerstaaten Jahr für Jahr versicherte, die ukrainischen Streitkräfte setzten diese Munition nicht ein und die ukrainische Regierung erfülle ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Ottawa in transparenter Weise und nach Treu und Glauben. Das war eine Lüge. Wir sind empört über dieses jüngste beredete Beispiel dafür, wie die offiziellen ukrainischen Vertreterinnen und Vertreter die internationalen Foren in Wien und Genf jahrelang in die Irre geführt haben.

Die westliche „zivilisierte“ Staatengemeinschaft ignoriert die Tatsache, dass das kriminelle Kyjiwer Regime nicht ausschließt, eine gefährliche Provokation im sogenannten Chemiedreieck durchzuführen. In diesem Gebiet sind über 30 Unternehmen konzentriert, und es hat über 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Neonazis haben im Werk „Azot“ in Sjewjerodonezk Behälter mit gefährlichen Chemikalien (Ammoniak, Ammoniumnitrat und Salpetersäure) vermint, um sie sofort in die Luft zu sprengen, sollten sie gezwungen sein, sich aus ihren Stellungen zurückzuziehen. Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte haben in Charkiw in einer Versuchsanlage für die Zementherstellung und einer Versuchsanlage für die Koksproduktion, in denen sich zahlreiche Tanks mit toxischen Industrie Flüssigkeiten befinden, Haubitzen vom Typ D-30 und Mehrfachraketenwerfersysteme aufgestellt. Wohl wissend, dass ihren zynischen Taten Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer fallen werden, provozieren diese Kämpfer die russischen Streitkräfte zur Erwidern des Feuers, sodass sie dann die Schuld für mögliche Opfer unserem Militär zuschieben können.

Es ist unangenehm für den zivilisierten Westen, einzugestehen, dass die Ausbilder der ukrainischen Radikalen aus den NATO-Ländern vom Sehen bekannt sind. Umso mehr als neue Beweise für die Beteiligung der kanadischen Streitkräfte an der Ausbildung der Nationalistinnen und Nationalisten des Regiments Asow, das in die Strukturen der Nationalgarde der Ukraine eingegliedert wurde, ans Licht kommen. Am 28. April veröffentlichte die Website CTVNews.ca eine Analyse ihres Korrespondenten Christy Somos, in der dargelegt wird, dass es nicht Teil des Mandats der Operation UNIFIER ist, die ukrainischen Auszubildenden auf das Vorliegen von nazistischer oder faschistischer Gesinnung zu überprüfen und zu beobachten. Die Delegation Kanadas im Forum für Sicherheitskooperation hat versucht, uns vom Gegenteil zu überzeugen. Darüber hinaus führt der Artikel Fälle an, in denen Ausbildungstätigkeiten für Asow-Kämpferinnen und -Kämpfer durchgeführt wurden, die über den Rahmen des Programms hinausgehen. Von den „herzlichen“ Beziehungen, die sich mit den ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten entwickelt haben, zeugt eine Fotografie von 2019, auf der ein Mitglied des Regiments Asow, Kyrilo Berkal (Spitzname: „Kirk“), zusammen mit kanadischen Ausbildern für die Kamera posiert.

Trotz der genannten Fakten macht sich der zivilisierte Westen schamlos die Hände in einem infamen Stellvertreterkrieg schmutzig und beteiligt sich an antirussischen militärischen Provokationen. Seit 7. Mai verfolgte der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine, auf Anordnung von Wolodymyr Selenskyj und unter Beteiligung von Beraterinnen und Beratern aus den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, den törichten Plan der Einnahme der Insel Smijinyj (Schlangeninsel), die von großer Bedeutung für die Kontrolle des nordwestlichen Teils des Schwarzen Meere ist. Das russische Militärpersonal auf der Insel vereitelte diese Provokation. Der Feind erlitt erhebliche Verluste an Soldaten (über 50 Saboteure) und militärischem Gerät (drei Su-24-Bomber, ein Su-27-Jagdflugzeug, zehn Hubschrauber, 30 unbemannte Luftfahrzeuge, darunter neun Kampfdrohnen vom Typ Bayraktar TB2 und drei gepanzerte Angriffsschiffe der Klasse Projekt 58181 (Zentaur)). Wir sprechen eine deutliche Warnung aus, dass solche Bemühungen, auf der Schlangeninsel Revanche zu üben, erbarmungslos niedergeschlagen werden.

Herr Vorsitzender,

die Streitkräfte der Russischen Föderation kämpfen Seite an Seite mit der DNR und der LNR für eine Welt, in der kein Platz für Strafkommandos und Nazis ist. Alle vorgesehenen Aufgaben betreffend die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine werden erfüllt werden.

Derzeit finden rund um Isjum in Richtung Charkiw schwere Kämpfe statt. Im Gebiet von Krasnyj Lyman setzen die russischen Truppen ihre Offensive fort und verdrängen die ukrainischen Einheiten von ihrem Brückenkopf auf dem linken Ufer des Flusses Siwerskyj Donez. In der Nähe von Nowoseliwka, Bilohoriwka and Schypyliwka finden Kampfhandlungen statt. Russische Truppen sind entlang der Südflanke des Halbkessels Sjewjerodonetsk-Lyssytschansk vorgestoßen. Gleichzeitig hat ausgehend von dem Gebiet der Siedlung Popasna eine Offensive im Gebiet der Siedlungen Zolote und Hirske begonnen. Die Streitkräfte Russlands und der DNR stoßen weiter auf die Siedlungen Awdijwka und Nju-Jork vor.

Im Rahmen der Entmilitarisierung der Ukraine wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation 164 Luftfahrzeuge, 125 Hubschrauber, 798 unbemannten Luftfahrzeuge, 302 Flugabwehrraketensysteme, 2 983 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 351 Mehrfachraketenwerfersysteme, 1 440 Feldartilleriesysteme und Mörser sowie 2 796 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation zerstören weiterhin planmäßig jedwede Lieferungen militärischer Güter an das kriminelle Kyijwer-Regime sowie westliche Ausbilder und Söldner. Letzte Woche wurden luftgestützte Hochpräzisionsraketen und taktische ballistische „Iskander“-Raketensysteme eingesetzt, um Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern in der Nähe der Bahnhöfe von Sil, Bohoduchiw, Krasnohrad und Karliwka zu zerstören. Präzisionswaffen mit großer Reichweite zerstörten sechs Bahnstromumformerwerke in der Nähe der Bahnhöfe von Pidbirsi, Lwiw, Wolowez, Tymkowe and Pjatychatka, über die Waffen und Munition an den ukrainischen Gefechtsverband im Donbass geliefert wurden. Die westlichen Länder, die entschlossen sind, „Eisen“ in die Ukraine zu pumpen, sollten keinen Zweifel haben, dass allen anderen militärischen Gütern das gleiche Schicksal zuteilwerden wird.

Abschließend halten wir die Feststellung für überaus wichtig, dass in den von den Nationalisten befreiten Gebieten, entgegen den Unterstellungen der westlichen Länder, wieder ruhiges und friedliches Leben einkehrt. Denkmäler für die Helden des Großen Vaterländischen Krieges werden restauriert. In Mariupol öffnen die Schulen und Geschäfte, der öffentliche Verkehr funktioniert. An die Einwohnerinnen und Einwohner der DNR, der LNR und einer Reihe von ukrainischen Regionen wurden fast 19 000 Tonnen humanitäre Hilfe geliefert. Dieses Jahr konnten sie zum ersten Mal seit acht Jahren den Tag des Sieges feiern, ohne Angst das Sankt-Georgs-Band tragen und das Andenken ihrer Vorfahren ehren – der sowjetischen Soldaten, die im Kampf für die Zukunft Europas ohne Nazismus gefallen sind. Genau dafür kämpfen auch die Streitkräfte der Russischen Föderation und die verbündeten Truppen der LNR und der DNR.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1009. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1015, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an den Vertreter der Europäischen Union, der folgende Erklärung abgab:

Als Erwiderung auf die Wortmeldung der russischen Delegation möchte ich im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten Folgendes festhalten:

Heute ist der 77. Tag des vorsätzlichen, unprovzierten, ungerechtfertigten und barbarischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Wir verurteilen diesen Krieg auf das Allerschärfste.

Auch heute hat uns die russische Delegation wieder mit einer verdrehten Darstellung der Wahrheit, mit Desinformation und Propaganda konfrontiert. Die Wahrheit ist ganz einfach. Russland ist der Aggressor, und die Ukraine ist das Opfer der Aggression. Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Krieg, weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit. Wir bedauern auch die Beihilfe von Belarus, das die militärische Aggression Russlands ermöglichte, indem es sein Hoheitsgebiet für den Angriff auf seinen Nachbarn zur Verfügung stellte. Wir werden weiterhin in voller Solidarität zum Opfer dieser Aggression stehen und die Ukraine und das ukrainische Volk aktiv unterstützen. Nach dem Völkerrecht hat die Ukraine gemäß Artikel 51 der VN-Charta das Recht, sich zu verteidigen, da sie einem bewaffneten Angriff durch Russland ausgesetzt ist. Die Ukraine macht von ihrem ureigenen Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch, und alle Staaten haben das Recht, der Ukraine dabei zu helfen.

Russland trägt die volle Verantwortung für das unsägliche menschliche Leid und die furchtbaren menschlichen Tragödien, für den Verlust so vieler Menschenleben, für die massive Vertreibung und Zerstörung in der gesamten Ukraine. Diejenigen, die für all diese Gräueltaten, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir bekräftigen unsere Forderung, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen und sein Gerät aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim,

abzieht. Wir fordern Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Wir bekräftigen unsere überzeugte Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und das Recht, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden.

Wir werden niemals irgendwelche unrechtmäßigen Entitäten noch die illegale Annexion von ukrainischem Hoheitsgebiet anerkennen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erwiderung dem Journal des Tages beizufügen.

1009. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1015, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Russland möchte uns glauben machen, dass sein Angriffskrieg gegen die Ukraine gewissermaßen gerechtfertigt und zur Verteidigung Russlands notwendig ist, da es sich irgendwie bedroht fühlte. Nichts könnte der Wahrheit weniger entsprechen. Es gab keine Bedrohung für Russland, keine Notwendigkeit für eine Intervention, nur Ängste, die auf Lügen und erfundenen Vorwänden beruhten. Trotz wiederholter unzureichender Leistungen bei den Kampfeinsätzen und trotz des wirksamen und hartnäckigen Widerstands der Ukrainerinnen und Ukrainer, die tapfer für die Verteidigung ihres Landes und ihrer Heimstätten und für die Gewährleistung einer demokratischen Zukunft für ihre Familien kämpfen, will Russland uns glauben machen, dass diese widerrechtliche und gewaltsame Invasion seines souveränen Nachbarlandes nach Plan verlaufe. Auch das ist weit von der Wahrheit entfernt.

Angesichts dieser hartnäckigen Propaganda und eklatanten Desinformation müssen wir der Wahrheit treu bleiben, und diese Wahrheit ist unbestritten: Die Ukraine und ihr Volk haben nichts getan, um diesen Konflikt zu provozieren oder anzuzetteln. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Es bestand keinerlei Bedrohung für Russland. Es handelt sich um einen Angriffskrieg, der durch Russlands repressiv-imperialistische Ambitionen motiviert und durch seine Leugnung der ukrainischen Identität und Vereinnahmung der ukrainischen Souveränität geschürt wird. (Russland hat dies immer wieder getan: 2008 in Georgien, 2014 in der Ukraine und in diesem Jahr wieder in der Ukraine.)

Russland trägt die volle Verantwortung für die Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine und für die großflächige Zerstörung, die es mit seiner vorsintflutlichen Taktik des wahllosen Einsatzes von Artillerie und un gelenkten Bomben an der zivilen Infrastruktur verursacht. Besonders absurd muten die jüngsten Berichte über die Bombardierung einer Schule in Bilohoriwka an, in der 90 Personen Zuflucht gefunden hatten und von denen laut Berichten 60 getötet wurden.

Es sei auch daran erinnert, dass dieser Angriffskrieg eine beispiellose Missachtung unserer gemeinsamen OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie des Völkerrechts darstellt. Russland hat mit Unterstützung von Belarus einen Angriff unternommen, der direkt

vor den Augen dieses Forums geplant und eingeleitet wurde, wobei die Russische Föderation und Belarus unsere gemeinsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen mit kühnen, doch offenkundig falschen Aussagen hier in diesem Saal verhöhnten. Belarus ist nach wie vor Mittäter in diesem Konflikt, da es von seinem Hoheitsgebiet aus nicht nur die Bereitstellung russischer Kampftruppen, sondern auch die Durchführung von Kampfeinsätzen zuließ. Immer wieder wurde uns gesagt, dass die russischen Truppen, die in Belarus Übungen durchführten, keine Bedrohung für die Ukraine darstellten, dass sie nach Hause zurückkehren würden und dass Russland nicht die Absicht habe, in die Ukraine einzumarschieren. All dies war einfach glatt gelogen, ein Täuschungsversuch, und ihn hier zu unternehmen, ein eklatanter Missbrauch dieses Forums. Dieses Vorgehen Russlands (mit der Beihilfe von Belarus) ist und bleibt völlig unvereinbar mit unseren gemeinsamen OSZE-Prinzipien und stellt einen direkten Affront gegen die regelbasierte internationale Ordnung dar.

In der vergangenen Woche wurden wir erneut über in Belarus stattfindende „Alarmierungsübungen“ unterrichtet. So wie bei ähnlichen Unterrichtungen im Februar wurde uns mitgeteilt, dass diese Übungen keine Bedrohung für irgendjemanden darstellten, doch die fehlenden Angaben über die Stärke der beteiligten Truppen und ihre Einsatzorte setzen den Trend zu minimaler Transparenz fort und lassen Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Bemühungen aufkommen. Wir kennen dieses Spiel.

Kanada bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern haben wir energisch und kollektiv auf diese rücksichtslosen und gefährlichen Akte der Aggression der Russischen Föderation reagiert und werden das auch weiterhin tun. Unsere Bemühungen zur Unterstützung des ukrainischen Volkes gehen weiter und wir wollen unsere militärische Unterstützung für die Ukraine verstärken, was auch aus den jüngsten Ankündigungen über die Bereitstellung von M777-Artilleriegeschützen, Drohnenkameras, Satellitenaufnahmen und zusätzlichen Kleinwaffen und Munition hervorgeht. Darüber hinaus stellen wir über Mechanismen wie das Welternährungsprogramm, das sich auf die Nahrungsmittelsicherheit in der Ukraine konzentriert, weitere 25 Millionen Dollar an humanitärer Hilfe zur Verfügung. Wie Premierminister Trudeau bei seinem jüngsten Besuch in Kiew erklärte, „werden wir weiterhin alles Notwendige tun, um der Ukraine zur Seite zu stehen, nicht nur, weil es das Richtige ist oder weil die Ukrainerinnen und Ukrainer unsere Freunde sind, sondern auch, weil wir für die Grundsätze der Demokratie eintreten, die auch der Sicherheit der Kanadierinnen und Kanadier zugrunde liegen.“

Wir müssen die Prinzipien des offenen und ehrlichen Dialogs, die für den Wert des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) von grundlegender Bedeutung sind, weiterhin hochhalten. Wir werden nicht zulassen, dass das FSK schamlos zur Verbreitung russischer Propaganda missbraucht wird. Dass es Russland für nötig hält, seine eigene Bevölkerung mit Lügen zu überschwemmen, ihr eine alternative Realität vorzuspiegeln, und das ihr zur Verfügung stehende Informationsangebot zu kontrollieren, ist erbärmlich und zeigt ganz klar die Angst des Kremls davor, dass das eigene Volk die Wahrheit erfahren könnte. Doch das wird es. Die Wahrheit wird sich durchsetzen.

Wir werden unsererseits weiterhin für die Wahrheit eintreten und Russland für diesen ungerechten Krieg zur Rechenschaft ziehen. Wir fordern Russland weiterhin mit Nachdruck

auf, diesen Angriffskrieg zu beenden, aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzuziehen und seine Soldaten nach Russland zurückzuholen, wo sie hingehören. Russland hat diesen Krieg begonnen, und Russland kann ihn beenden.

Danke.

1009. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1015, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

während Russland seinen unprovokierten, vorsätzlichen und barbarischen Angriff auf die Ukraine fortsetzt, gehen unsere russischen Kolleginnen und Kollegen weiter mit den unzähligen Lügen des Kremls hausieren.

Als wir zusahen, wie die tapferen ukrainischen Kämpferinnen und Kämpfer den versuchten Vormarsch eines ausmanövrierten und frustrierten russischen Militärs von Belarus auf Kyjiw abwehrten, wurden wir auch Zeuge, wie in der russischen militärischen Befehlskette die wahre Lage vor Ort systematisch verschwiegen wurde. Warum sonst hätten die russischen Kommandeure immer mehr Streitkräfte in den längsten Verkehrsstau der Welt im Norden Kyjiws schicken sollen, wo sie leicht angreifbar waren und ihnen rasch Lebensmittel und Treibstoff ausgingen, sogar noch Tage nachdem klar war, dass die Strategie gescheitert war?

Dieselben erschöpften und schlecht ausgerüsteten russischen Truppen unterstützen nun Putins versuchte „Landnahme“ in der Ostukraine. Ein Beispiel dafür, dass sich das Scheitern von Putins Plan A als schändliche Demonstration von Selbsterhaltung manifestiert, bei der Versagen, Zorn, Verlogenheit und die Suche nach Sündenböcken überhandnehmen. Der russische Generalstab hat gezeigt, dass seine eigene Selbsterhaltung Vorrang hat. Kriegsverbrechen, Angriffe auf Zivilpersonen und die Zahl der Opfer in den eigenen Bataillonskampfgruppen dagegen sind zweitrangig.

Der Mythos der Großmacht, des großen russischen Militärs, wurde entlarvt. Die Soldaten sind schlecht ausgerüstet, schlecht ausgebildet und werden schlecht geführt.

Mit ihrem Einmarsch in die Ukraine wiederholen Putin, sein engster Kreis und seine Generäle die Fehler der totalitären Regime des vergangenen Jahrhunderts. Sie zeigen die gleiche Missachtung gegenüber Menschenleben, der nationalen Souveränität und dem regelbasierten internationalen System.

Ihre unprovokierte, rechtswidrige, sinnlose und kontraproduktive Invasion der Ukraine, ihre Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten und deren Heimstätten,

ihre weit verbreiteten Gräueltaten, darunter gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder – all das beschädigt die Erinnerung an die Opfer und den einst stolzen Weltruf Russlands in der Vergangenheit

Herr Vorsitzender,

wir haben deutlich gemacht, dass wir nicht einfach zur normalen Tagesordnung übergehen können, solange Präsident Putin seinen schrecklichen, barbarischen und bewusst geführten Krieg gegen unsere ukrainischen Freunde führt. Und wir verurteilen erneut auf das Allerschärfste die fortgesetzte Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine durch Belarus, einschließlich seiner Erlaubnis an Russland, sein Hoheitsgebiet als Ausgangspunkt für die barbarischen Angriffe gegen das ukrainische Volk zu nutzen.

In diesem Zusammenhang bringen wir unsere tiefe Besorgnis über die letzte Woche angekündigte Überprüfung der Gefechtsbereitschaft oder die sogenannte „Alarmierungsübung“ zum Ausdruck. Wir nehmen die Ankündigung in diesem Forum zwar zur Kenntnis, stellen jedoch fest, dass kaum weitere Informationen bekannt gegeben wurden noch für den notwendigen Grad an Transparenz gesorgt wurde, wie etwa in Bezug auf Termine, Orte, die Stärke der beteiligten Truppen, Truppenteile und Ausrüstung. Obwohl unsere belarussischen Kolleginnen und Kollegen erklärt haben, dass diese Übung keine Bedrohung darstelle, werden sie uns angesichts der fehlenden näheren Informationen vielleicht unser Misstrauen verzeihen, zumal sie uns bereits im Februar dasselbe versichert hatten.

Darüber hinaus haben wir auch die gestrige Ankündigung des Generalstabschefs der belarussischen Streitkräfte, Generalmajor Wiktor Gulewitsch, zur Kenntnis genommen. Seine Behauptung, dass die Überprüfungen zum Teil eine Reaktion auf die Übung „DEFENDER-Europe 22“ waren – einer Übung, zu der volle Transparenz gewährleistet wurde (auch in diesem Forum) –, lenkt von der Tatsache ab, dass Belarus in einer Zeit extremer Spannungen und Krisen in der Region wenig Transparenz zur Überprüfung der Gefechtsbereitschaft hergestellt hat.

Anlass zu größter Besorgnis ist, dass Generalmajor Gulewitsch im Rahmen der Überprüfung als Reaktion auf die Präsenz ukrainischer Streitkräfte an der Nordgrenze der Ukraine die Dislozierung von Truppenteilen der „Spezialkräfte“ in „südliche Gebiete“ angekündigt hat. Zu unterstellen, dass die Ukraine eine Bedrohung für Belarus in denselben Grenzgebieten darstelle, in denen Belarus Russland den misslungenen Vorstoß auf Kyjiw erlaubt hatte, ist absurd und birgt das unnötige Risiko einer weiteren Eskalation.

Herr Vorsitzender,

unser Hauptaugenmerk liegt nach wie vor auf der Wiederherstellung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit der Ukraine – egal wie lange es dauert. Das Vereinigte Königreich steht in voller Solidarität an der Seite seiner ukrainischen Freundinnen und Freunde, so auch durch die fortgesetzte Bereitstellung von Militärhilfe, bei der Verteidigung ihrer Heimat und im Kampf um das schlichte Recht auf eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.